

Ltd. KVD Allroggen berichtete, dass die Zusammenarbeit mit den vier Beigeordneten, die von den Bürgermeistern benannt worden seien, weiter intensiv gepflegt werde. Diese habe sich durchaus positiv entwickelt. Viele Gelegenheiten zur Knüpfung von Kontakten seien durch Frau Dinstühler genutzt worden; es habe auch viele gemeinsame Gespräche und Veranstaltungen vor Ort gegeben, wie beispielsweise Gespräche mit den Bürgermeistern, in Ausschüssen und in Integrationsräten, eine Veranstaltung für Ehrenamtler in der Flüchtlingshilfe und die Auftaktveranstaltung zum Integrationskonzept. Einen willkommenen Beitrag an einer reibungslosen Umsetzung leiste die stetige Zusammenarbeit mit dem Neubürgerbeauftragten, Herrn Neuber. Am 11.06.15 sei eine erste Informationsveranstaltung zum Thema „Flüchtlinge, Ausbildung, Arbeit“ in Kooperation mit dem Diakonischen Werk und mit Unterstützung der Stadt Sankt Augustin durchgeführt worden. Geplant sei, diese Veranstaltung auch noch in die Stadt Königswinter und eventuell noch in die Stadt Meckenheim zu bringen.

Unerfreulich sei hingegen die derzeitige Personalsituation. Die benötigten zwei Lehrerstellen sowie die zweite Sozialpädagogenstelle könnten erst zum 01.08.15 besetzt werden. Die Verwaltungsmitarbeiterin, die ebenfalls noch benötigt werde, sei zwar schon ausgewählt, eine hausinterne Umsetzung der Mitarbeiterin sei bisher aber noch nicht erfolgt.

Abg. Deussen-Dopstadt warb für eine umfangreiche Unterstützung und Begleitung der Initiativen für ehrenamtliche Tätigkeit im Rahmen der Integration von Flüchtlingen. Besonders im schulischen Bereich sehe sie einen großen Bedarf. Sie glaube, hierdurch werde sich die Akzeptanz des KI in den Städten und Gemeinden enorm erhöhen.

Abg. Hurnik brachte seinen Unmut darüber zum Ausdruck, dass eine Besetzung der Lehrerstellen bisher noch nicht erfolgt sei. Er bat die Verwaltung, der Bezirksregierung diesbezüglich mitzuteilen, dass der Ausschuss über das Kooperationsverhalten der Bezirksregierung zu ihren kommunalen Einrichtungen indigniert sei. Es gehe nicht an, erst eine Landesförderung anzubieten und diese dann durch Formalien zu behindern.